GROSSER RAT

Motion Josef Fasel 095.05
VWD

Energiebewirtschaftung im Kanton/Energie aus Biomasse

(Begehren und Begründung)

Sowohl im Sachplan „Energie“ vom Frühling 2002 als auch in der Antwort zu meiner Frage vom 23.06.03 bezüglich Energie aus Biomasse hat der Staatsrat auf die Wichtigkeit der Nutzung dieser Energien als Alternative aufmerksam gemacht. Obschon insbesondere in der Antwort keine klare Absicht zu erkennen war, so wurde mit Sicherheit auch aus der Tatsache, dass bis 2010 verschiedene Ziele erreicht werden müssen, argumentiert.

Dass der Staatsrat die Problematik rund um die Energie erfasst hat, ist auch aus verschiedenen Aussagen ersichtlich.

So meint er: „Nachhaltigkeit fördern, um weiter bestehen zu können.“ Oder: „Erdölprodukte sind nicht erneuerbar und werden je nach Prognose in 50-150 Jahren erschöpft sein. Eines Tages werden wir also auf dem Trockenen sitzen.“

Nehmen wir unsere Energiezukunft in die Hand, betitelt der Staatsrat die allgemeinen Zielsetzungen im Sachplan, Energie weiter.

Das denke ich auch und meine daher, dass es nun höchste Zeit ist, von der Theorie zur Praxis überzugehen, denn die Zeit drängt, und der Staat hat in diesem Bereich eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Die Rolle des Vorreiters und Wegbereiters und auch des guten Beispiels.

Der Kanton hat hier nicht freie Hand, sondern muss gewisse Vorgaben der Bundesverfassung und sogar der internationalen Klimakonvention (Kyoto-Protokoll) erfüllen.

Die Zielsetzung bezüglich fossiler Energien und CO^2-Emissionen, die man hatte für das Jahr 2000, nämlich Rückkehr zu den Werten des Jahres 1990, wurden bei weitem nicht erreicht.

Bis 2010 sollten konkret die folgenden Ziele erreicht werden:

- Reduktion des Verbrauchs von fossilen Energieträgern und der CO2-Emissionen um 10 %
- Beschränkung der Zuwachsrate beim Stromverbrauch auf 5 %
- Erhöhung der Anteile anderer erneuerbarer Energien: +0.5 TWh bei der Elektrizität und + 3 TWh bei der Wärmeenergie. (1TWh, Terawattstunde = 10000 Milliarden Wh)

Es kommt dazu, dass diese Ziele an die geographischen und sozioökonomischen Gegebenheiten des Kantons angepasst werden. Das Ziel ist:

- Eine mit den Erfordernissen des Umweltschutzes kompatible, wirtschaftliche Erzeugung und Verteilung der Energie zu sichern.
- Den Einsatz erneuerbarer Energie zu fördern

- Den Einsatz einheimischer Energie zu fördern.

In der Schweiz hat sich der Energieverbrauch innert einer Generation (von 1960 – 2000) verfünffacht. Entgegen tief verankerten Vorstellungen sind wir weit davon entfernt, in Sachen Energieproduktion unabhängig zu sein. 85 % der von uns verwendeten Energie stammt nämlich aus dem Ausland!

Der Energieverbrauch als hauptsächliche Quelle der Luftverschmutzung kann ebenfalls irreversible Auswirkungen auf die lokale Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung haben.

Die Entwicklung des Verbrauchs von Energie, sei dies für Wärme oder Strom, zeigt weiter steil nach oben.

Im Bereich Holz werden nur 2/3 des jährlich durch natürliches Wachstum anfallenden Holzes genutzt. Die öffentlichen Körperschaften könnten sich diesen Segen zunutze machen, da sie Besitzer von 60 % der Waldfläche sind. Die theoretisch im Kanton verfügbare Holzenergiemenge beläuft sich auf mehr als 220 GWh, also auf etwa 7 % des heutigen Verbrauchs an fossilen Brennstoffen. Die Holzenergie könnte etwa 10 % des kantonalen Wärmeenergiebedarfs decken.

Es ist also höchste Zeit, die vorhandenen Ressourcen und auch Technologien, anzuwenden und der am besten geeigneten Nutzung zuzuführen. Die Wärmekraftkopplung ist gezielt anzuwenden.

Da jedoch die kurzfristige wirtschaftliche Situation der alternativen Energien eher nachteilig ist, müssen diese vom Staat gezielt finanziell unterstützt werden, und zwar in einem grösseren Ausmass, als das bis heute der Fall war.

Konkrete Anwendung:

- Alle neuen, öffentlichen Gebäude des Kantons sollten mit Energie, die CO2-neutral ist, beliefert werden.
- Der Staat Freiburg bezieht ab dem Jahr 2006 alle seine Stromenergie, als JADE STAR-Strom der FEW (+ 5.5 Rp.) und kalkuliert dies ins Budget 2006 ein.
- Die öffentlichen Verkehrsmittel sollten mit Mischtreibstoff, das heisst einem Anteil, von 10 % Ethanol im Diesel, betrieben werden. Dies ist technisch möglich, ohne dass an den Motoren etwas geändert werden müsste.

Zur Lancierung und Förderung sollte ein Fonds gegründet werden. Dessen Speisung mit Geld, z. B. aus den Goldreserven, wäre eine Investition in die Zukunft.
(Betreibung über zinslose Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge)

Allgemein:

- Der Zeitpunkt für den Start einer solchen Kampagne wäre äusserst günstig, da die Preise für Rohöl und entsprechend für Diesel und Heizöl sehr hoch sind.
- Es könnten neue Arbeitsplätze geschaffen und auch die Wirtschaft nachhaltig gefördert werden.

Josef Fasel, Grossrat

16. März 2005